Das Jüdische Echo

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Jährlich: RM. 8.—, halbjährlich: RM. 4.—, vierteljährlich: RM. 2.—. Einzelnummer 20 Rpf. / Verlag, Auslieferung des „Jüdischen Echos“: München, Plinganserstraße Nr. 64.

I N H A L T :

Anzeigen: Die viergespaltene Millimeter-Zeile 30 Rpf. / Familien-Anzeigen Ermäßigung / Anzeigen-Annahme: Verlag des Jüdischen Echos. München, Plinganserstraße 64 / Telephon 73664/65 Postscheck-Konto: München 3987

Nr. 28 | München, 10. Juli 1931 | 18. Jahrgang

1931 Wochenkalender 5691

	Juli	Tammus	Bemerkungen
Sonntag	12	27	
Montag	13	28	
Dienstag	14	29	י״כ קטן
Mittwoch	15	Aw 1	ראש חדש
Donnerst.	16	2	
Freitag	17	3	
Samstag	18	4	דברים שבת חזון הפטרה חזון ישעיהו (Jes. 1, 1—27) (P. R. 'פרק ב)

Das Jüdische Echo

Nummer 28 — 10. Juli 1931 — 18. Jahrgang

Der XVII. Zionistenkongreß

Leitungsfrage noch ungeklärt — Der Kongreß verlängert

Basel, 6. Juli. (JTA.) Der Kongreßruhetag am Samstag wurde zu inoffiziellen Besprechungen zwischen den Führern der einzelnen Fraktionen über die Bildung einer Leitung der Zionistischen Weltorganisation ausgenutzt. Auf keinem der bisherigen Kongresse war die Leitungsfrage so schwer zu lösen wie diesmal. Weder den Anhängern Weizmanns, noch der Opposition ist es bis jezt möglich gewesen, das Schwergewicht des Kongresses nach ihrer Seite zu verschieben. Im Kongreß halten sich diejenigen, die die Sicherung und Entwicklung der gegenwärtigen Positionen in Palästina als die dringendste Notwendigkeit der Stunde betrachten und diejenigen, denen eine politische Weltoffensive und die Erklärung des Judenstaats als Endziel nicht weniger wichtig erscheint als die praktische Arbeit, ungefähr die Wage. Diese beiden Lager gruppieren sich einerseits um die Arbeitervertreter, anderseits um die Revisionisten. Das Zünglein an der Wage bilden die Allgemeinen Zionisten, deren Sympathien aber zwischen Revisionisten und Linken geteilt sind. Die Bestrebungen einer Anzahl Personen, eine große Koalition mit Einschluß von Revisionisten und Arbeitervertretern zustande zu bringen, scheinen vollkommen aussichtslos, da die chinesische Mauer zwischen Arbeitervertretern und Revisionisten unübersteigbar ist. Man nimmt an, daß erst Anfang dieser Woche, nach Abstimmung über Resolutionen, die Konturen der Politik der künftigen Leitung sich abzeichnen werden und so auch die Bildung der Leitung ermöglicht werden wird. Die Revisionisten haben, wie Jabotinsky in seiner Rede mitgeteilt hat, beschlossen, eine Resolution über das Endziel zu unterbreiten in dem Sinne, daß der Kongreß das jüdische Nationalheim als den Judenstaat unter Einschluß Transjordaniens versteht, ferner, daß der Brief Mac Donalds an Weizmann nicht als Basis für eine Zusammenarbeit mit der englischen Regierung betrachtet werden kann. Die Linken und die Allgemeinen Zionisten wünschen die Annahme einer Resolution, in der dargetan wird, daß der Zionismus fest auf dem Boden des Basler Programms steht. Es verlautet, daß die Revisionisten entschlossen seien, für den Fall, daß der Kongreß ihre „Endziel"-Resolution ablehnt und den Mac Donald-Brief annimmt, die äußersten Konsequenzen zu ziehen.

Es scheint, daß die vom A.C. beschlossene und vom Präsidium des Kongresses bestätigte Festsetzung der Kongreßdauer bis Dienstag, den 7. Juli, nicht unwesentlich überschritten werden dürfte. Nach dem revidierten Kongreßprogramm

---

Letzte Meldungen

Basel, 8. Juli. (JTA.) Nach dem Schlußwort Dr. Weizmanns in der Generaldebatte im Dienstag, dem 7. Juli, spät abends, wurde Dr. Weizmann und der Exekutive vom Kongreß stillschweigend Décharge erteilt. Die revisionistischen Delegierten blieben diesem Akt fern.

Damit ist der Kongreß in sein zweites, entscheidenderes Stadium eingetreten. Er steht nunmehr vor der Aufgabe einer Festlegung der neuen zionistischen Politik und der Einsetzung einer neuen Leitung.

Heute, Mittwoch, den 8. Juli, nachmittags, stellt sich die Situation wie folgt dar: Die Aussichten für eine Wiederwahl Dr. Weizmanns zum Präsidenten der Organisation werden im allgemeinen als gering beurteilt. Die Linke ist bemüht, den Kongreß dazu zu bewegen, sich für die Beibehaltung des politischen Kurses Dr. Weizmanns zu entscheiden, aber eine Exekutive ohne Weizmann und ohne Heranziehung der Revisionisten einzusetzen. Man glaubt hier nicht, daß diese Bemühungen zu einem Erfolg führen werden. Ebenso unwahrscheinlich ist die Einsetzung einer einseitig rechts oder einseitig links orientierten Koalitions-Exekutive, so daß weder die Revisionisten noch wohl auch der Arbeiterflügel die Führung erhalten werden. Eine Koalition aller Parteien einschließlich der Linken und der Revisionisten lehnen sowohl die Revisionisten als auch die Linken ab. Angesichts der allgemeinen Müdigkeit und der Notwendigkeit, den Kongreß spätestens Freitag, den 10. Juli, zu Ende gehen zu lassen, sind Überraschungen nicht ausgeschlossen; wenn kein anderer Ausweg bleibt, wird man Weizmann zur Annahme einer Wiederwahl zu bewegen trachten.

Die nächste Plenarsitzung des Kongresses findet am Donnerstag, dem 9. Juli, nachmittags, statt. Dutzende von Unterhändlern sind eifrig bemüht, die programmatische und personelle Basis für die Einsetzung einer neuen Leitung zu schaffen. Eine große Schwierigkeit bei der Bildung der neuen Exekutive ist das Defizit der Jewish Agency. Für den Fall einer Beteiligung der Revisionisten an der neuen Leitung wird die Frage einer Reform der Jewish Agency akut, eine Frage, die den Unterhändlern nicht minder Kopfzerbrechen macht.

Inzwischen machen sich bei den Revisionisten Spaltungstendenzen bemerkbar. Ein Teil der revisionistischen Führer mit Jabotinsky will für den Fall, da der Kongreß ihre Zielsetzung ablehnt und den MacDonald-Brief annimmt, den Kongreß verlassen; die Revisionisten sollten zwar Schekelzahler bleiben, aber selbständige politische Aktionen unternehmen. Ein anderer Teil mit Robert Stricker ist gegen eine solche Lösung. Es werden darüber Beratungen gepflogen, wie man die Einheit der Partei sichern könnte auch für den Fall, daß die Lage es erfordern sollte, daß sie den Kongreß verläßt.

sollte die Generaldebatte am Freitag, dem 4. Juli, abgeschlossen werden. Das ist aber nicht geschehen, sondern der Kongreß setzte am Sonntagvormittag die Generaldebatte fort.

Die Verhandlungen

Der Kongreß setzt sich nach endgültiger Entscheidung aus 80 Allgemeinen Zionisten, 77 Angehörigen der linken Parteien, 50 Rivisionisten, 36 Vertretern des Misrachi, 8 Radikalen und einigen Parteilosen zusammen.

(Der deutschen radikalen Liste wurde das Mandat abgesprochen; den deutschen allgemeinen Zionisten ein weiteres zuerkannt.)

Wie bereits berichtet, hielt noch in der Eröffnungssitzung, am Abend des 30. Juni, nach der Ansprache Sokolows und zahlreichen Begrüßungen Arthur Ruppin sein Referat über „Probleme der Palästinaarbeit".

Die zweite Sitzung des Kongresses wurde durch die Wahl des Präsidiums eröffnet, in welches auf Vorschlag des Zionistischen Aktionskomitees gewählt wurden: als Präsident Leo Motzkin, als Vizepräsidenten die Herren Berlin, Eder, Farbstein, Kaplan, Mack, Margulies, Reis, Schmorak und Temkin.

Hierauf erstattete der Vorsitzende des Kongreßgerichtes, R.-A. Sammy Gronemann, den Bericht über die Prüfung der Kongreßwahlen.

Darnach hielt, vom Kongreß mit langem Beifall begrüßt, Prof. Weizmann sein großes Referat über „Die politische Lage", das an anderer Stelle wiedergegeben wird.

Als Weizmann seine Rede beendet hatte, kam es zu einer Tumultszene, als der revisionistische Delegierte aus Palästina Bonfield ausrief: „Laßt uns Kaddisch sagen nach dieser Rede!" Dr. Georg Halpern rief Bonfield zu: „Wenn Sie kein Schurke sind, sind Sie ein Idiot!" Es kam nun zu einem scharfen Wortwechsel zwischen Revisionisten und Andersgesinnten, der in Tätlichkeiten auszuarten drohte. Den Ordnern gelang es, die aufeinander losgehenden Gruppen zu trennen. (Das ist der wahre Sachverhalt, der in manchen Berichten auf das Tollste aufgebauscht wurde.)

In der dritten Sitzung am Nachmittag des 1. Juli, erstattete nach Verlesung der Begrüßungs-Telegramme Prof. Selig Brodetsky das Referat über „Die politische Arbeit der Exekutive in London", in dem er eine Übersicht über die politische Arbeit seit dem letzten Kongreß gab. Ussischkin gab ein Referat über den Keren Kajemeth.

In der vierten Sitzung vom Abend des 1. Juli sprach Dr. Hantke über „Leistungen und Aufgaben des Keren Hajessod", darauf Felix Rosenblüth über: „Die Lage der Zionistischen Organisation und ihre Probleme".

In der fünften Sitzung am Vormittag des 2. Juli sprach Dr. Chaim Arlosoroff über „Probleme der Finanzierung des Palästina-Aufbaus", in dem er eine Reihe von praktischen Vorschlägen entwickelte.

Darauf begann mit einer hebräischen Rede Ben Gurions (Arb.) die Generadebatte. Ben Gurion wandte sich vor allem gegen die Revisionisten.

Die sechste Sitzung, am 2. Juli, nachmittags, brachte die Fortsetzung der Generaldebatte. Zuerst sprach Jabotinsky (Auszug aus dieser Rede wird nachgeholt.) Darnach ergriff das Wort Ussischkin, der sich gegen jede Definition des zionistischen Endziels wandte, im übrigen die Arbeit der Revisionisten anerkannte und die Vereinigung politischer und praktischer Arbeit verlangte.

In der siebenten Sitzung, am 2. Juli abends, sprach für die englischen allgemeinen Zionisten Dr. Eder; er setzte sich für Weizmann ein. Jizchak Grünbaum (Radikal) erklärt, die Resignation Weizmanns müsse unabänderlich sein; er verlangt ein neues politisches Kamfpsystem. Bei der Rede Berl Lockers (Arb.) kommt es zu erregten Szenen, als er sagt, es sei kein Zufall, daß die Revisionisten am selben Tage aus dem Waad Leumi ausgetreten seien, an dem Hitlers Partei den Reichstag verlassen habe. Die Sitzung muß unterbrochen werden. Locker führt seine Rede zu Ende; nach ihm tritt Georg Halpern namens einer Gruppe Allgemeiner Zionisten von 60 Mitgliedern für die Schaffung einer Koalition aller Parteien ein.

In der achten Sitzung Freitagvormittag, spricht Farbstein. Er verteidigt die Haltung des Misrachi, verlangt Mittelstandskolonisation und eine Koalition aller Gruppen von rechts bis links. Osias Thon (Allg.) verlangt ebenfalls den Zusammenschluß. Richard Lichtheim begründet noch einmal das Verlangen der Revisionisten nach einer Definition des Endzieles. Kurt Blumenfeld verteidigt die politische Haltung Weizmanns und verlangt eine klare Entscheidung, entweder für Weizmann oder ein klares anderes Programm. Dr. Michael Ringel erklärt, die Gruppe der Allgemeinen Zionisten sei ein konsolidiertes Zentum, das am nationalen Ideal festhält, Extremismen ablehnt und eine Basis für die neue Leitung zu bilden bereit sei.

In der neunten Sitzung, Freitagnachmittag, sprachen Tabib (Jemenite), Torczyner (Belgien), Nathan Gesang (Argentinen), J. A. Neiditsch (Frankreich), Dr. Mossinsohn (Palästina) Dr. Chaim Arlosoroff (Arb.) protestierte gegen die Verantwortungslosigkeit der Revisionisten, die die politischen Verhandlungen der Exekutive gestört hätten. Dr. Stefan Wise gab namens der amerikanischen Delegation der jüdischen Erbitterung über das Verhalten Englands leidenschaftlichsten Ausdruck.

Nachdem der Redner eine Anfrage des Präsidenten, in wessen Namen er gesprochen habe, damit beantwortet, daß er als Mitglied der amerikanischen Delegation und der Körperschaft der Allgemeinen Zionisten spreche, erklärt Jacob Fishman, daß Dr. Wise nur im Namen eines Teiles der amerikanischen Delegation spreche. Die Gruppe Lipsky, Stone, Silbermann, Fishman lehne die Verantwortung für seine Ausführungen ab. Nach einer Polemik zwischen Dr. Eder und Stefen Wise, die häufig von Lärm auf der linken und rechten Seite des Hauses begleitet wird, stellt Locker an Stefen Wise eine Reihe von Fragen, die im Zusammenhang mit den Angriffen Dr. Wises auf die zionistische Arbeiterbewegung stehen. Den Vorschlag des Delegierten Morris Myer, das Präsidium möge Attacken gegen eine Regierung verbieten, mit der die Beziehungen noch nicht abgebrochen seien, beantwortet Präsident Mozkin mit dem Hinweis darauf, daß es zwar praktisch oder schädlich sein könne, daß er aber nicht verbieten könne, wenn ein Redner im Moment der höchsten Erregung des jüdischen Volkes darüber spreche.

Der Samstag war sitzungsfrei.

In der zehnten Sitzung, Sonntag, 5. Juli, vorm., sprachen Schramek (Elsaß) und Grinberg (Palästina). Darauf nahm das Wort Nahum Gold-

mann als Vertreter der politischen Kommission. Er erklärte, es sei ein schwerer Fehler, außenpolitische Probleme in erster Reihe unter innerpolitischem Gesichtspunkt zu betrachten. Ein Volk müsse politisch eine Reife haben, sich wenigstens in diesen Fragen über den bloßen Parteikampf erheben. Vieles, was zur Beurteilung des Mac Donald-Briefes gesagt wurde, sei in hohem Maß von parteipolitischen Motiven bestimmt gewesen. Es habe keinen Sinn, wenn Jabotinsky die Balfour-Deklaration maximalistisch, den Mac Donald-Brief aber absolut minimalistisch interpretiert habe. „Consideration of balance" bedeute nichts anderes, als daß die Regierung, wenn sich Juden und Araber nicht verständigen können, Rücksicht auf beide Teile nehmen muß. Das habe die Regierung schon vor dem Mac Donald-Brief getan. Übrigens habe das A.C. einstimmig mit den Stimmen der Revisionisten beschlossen, die Einladung der Regierung zu den Verhandlungen anzunehmen, ohne daß die Bedingung gestellt worden wäre, das Weißbuch zu akzeptieren. (Auf einen Zwischenruf Meir Großmanns hin, daß das Protokoll gefälscht sei, erklärt Mozkin als Vorsitzender des A.C., daß dies absolut nicht richtig sei.) Ich habe, führt Goldmann aus, dem Brief Weizmanns in diesem Wortlaut nicht zugestimmt. Er hätte lauten müssen: wir sind zufrieden, aber wir warten auf weitere Verhandlungen und wollen sehen, ob aus der Theorie Praxis werden wird. Dies habe der Kongreß nachzuholen, dennoch sei der Mac Donald-Brief eines der positivsten Dokumente der letzten Jahre. Man müsse sich auch gegen eine parteipolitisch motivierte politische Betrachtung wenden, die so aussähe, als habe man zwölf Jahre lang nur eine Prestige-Politik um Interpretationen geführt. Auf Ansprüche Verzicht leisten, sei auch nicht der Gipfel staatsmännischer Kunst. Solange sie noch nicht in Wirklichkeit umgesetzt seien, seien für ein schwaches Volk einmal konzedierte Rechte die einzige Waffe. Für die Einstellung zur englischen Politik fordert Goldmann die Befreiung sowohl von inneren Sentiments als auch von Ressentiments. Man werde England von Fall zu Fall nach seinen Taten beurteilen, ohne Haß und ohne Liebe, skeptisch und nüchtern, aber als den zentralen Faktor unserer Politik. Die Leitung habe aber einen wichtigen Faktor vernachlässigt, den der Stimmung und Meinung des jüdischen Volkes. Dieses wichtigste Instrument müsse wieder gespielt werden. Es müsse klar sein, daß die Lage auch schwer bleiben werde nach einem Wechsel der Führung. Der Kongreß müsse aber eine Führung schaffen, die die Einheit des Volkes und der zionistischen Frontstellung repräsentiere.

Motzkin und Sokolow begrüßten darauf den Präsidenten des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, der dem Kongreß einen Besuch abstattete. Thomas erwiderte:

Ich bin tief gerührt von dem Empfange, den Sie mir bereitet haben. Ich gedenke unserer ersten Berührung. Es war in Bordeaux, die französische Regierung weilte dort und ich war Generalsekretär des Arbeitsministeriums. Damals kam Ruthenberg zu mir. In diesen Tagen unserer schwersten Sorgen klang sein „Frankreich muß helfen" etwas messianistisch, paradox. Aber als der Krieg fortschritt, kristallisierte sich der Gedanke, daß die Opfer der Befreiung aller Unterdrückten dienen müßten. Ihr Kongreß ist vielleicht das Größte und Schönste, was es in der nationalen Bewegung gibt. Mein Land war in der Weltgeschichte vielleicht der Vertreter des nationalen Gedankens, sowie ein großes Nachbarvolk der Vertreter des Gedankens des Weltreiches ist. Aber während die Führer und Politiker der „arrivierten" Völker ängstlich und zaghaft waren, haben Sie den Mut gehabt, einen neuen Begriff der Nationalität zu schaffen. Ich bin herübergekommen, um in Fleisch und Blut mit Ihnen Bekanntschaft zu machen. Ich bin nicht gekommen, um Ihnen zu schmeicheln, aber ich habe als alter Parlamentarier hier meine Freude erlebt. Vielleicht darf ein alter Freund sich auch die Freiheit nehmen, Ihnen einen Rat zu geben. Es gibt keine lebendige Politik in unserer heutigen Zeit, auch keine lebendige Nationalpolitik, ohne die Idee der Gerechtigkeit und des Friedens. Sie haben darin eine große herrliche Tradition, an welcher die ganze Menschheit teilnimmt. Gehen Sie Ihren Weg durch alle Kämpfe und Schwierigkeiten mit der Zuversicht auf die Verwirklichung Ihres Ideals in Frieden und Gerechtigkeit. (Stürmischer Beifall, die Delegierten erheben sich.)

In der Sitzung sprachen ferner Tartakower (Arb. Polen), Meir Berlin (Misr.), Goldberg (Allg. Amerika).

Am Sonntag Nachmittag fand eine Herzl-Gedenkfeier statt. Motzkin hielt eine Gedenkrede, Sokolow gedachte der in der letzten Arbeitsperiode Dahingegangenen, Osias Thon würdigte die Bedeutung Herzls als des Schöpfers der Zionistischen Organisation, Izchak Grünbaum hielt ein Referat über die Lage der Juden in der Galuth.

In der elften Sitzung, Montag nachmittags, gab Ben Gurion zuerst namens der Arbeiterfraktion die Erklärung ab, daß infolge der Wahl eines nicht der Arbeiterfraktion angehörenden Präsidenten für den Permanenzausschuß, die einen arbeiterfeindlichen Bruch der parlamentarischen Kongreßsitten darstelle, die Arbeiterfraktion beschlossen habe, an den Präsidien der verschiedenen Kongreßkommissionen nicht teilzunehmen.

Darauf sprachen F. Bernstein (Allg. Holland), Rufeisen (Allg. CSR.), Jaari (Arb. Pal.), Stricker (Rev.), dessen Rede großes Aufsehen erregte, als er aus einem soeben erschienenen Interview Weizmanns mit großer Entrüstung folgende Stellen zitierte: „Ich habe kein Verständnis und keine Sympathie für das Verlangen nach einer jüdischen Mehrheit in Palästina (Pfuirufe rechts). Mehrheit garantiert nicht die Sicherheit, ist nicht notwendig zur Entwicklung von jüdischer Zivilisation und Kultur. Die Welt muß das Verlangen nach einer jüdischen Mehrheit nur in dem Sinne auslegen, daß wir die Majorität wollen, um die Araber aus dem Lande zu verjagen."

Es sprachen noch Schapiro (Mis. Pal.), Levite (Allg. Polen), Mibaschan (Allg. Rum.), Pacifici (Allg. Italien), J. Berger (Allg. Bessarabien).

In der zwölften Sitzung, vom Montag Abend, brachte nach einigen Reden Arlosoroff namens der Arbeiterfraktion nachstehende Interpellation ein:

„Herr Stricker hat im Verlaufe seiner Rede auf ein Interview Bezug genommen, das der Präsident der Zionistischen Organisation der Jüdischen Telegraphen-Agentur gegeben haben soll. Aus diesem Interview hat Herr Stricker u. a. folgenden Passus zitiert: ‚The world will construct this demand only one sense that we want to acquire a majority in order to drive out the Arabs.' Dieser Passus, wenn sinngemäß wiedergegeben, ist sowohl sachlich wie politisch falsch und schädlich. Wir sind überzeugt davon, daß kein ehrlicher Mensch in der Welt in dem Willen, eine

jüdische Mehrheit zu schaffen, den Wunsch sehen kann, Araber aus dem Lande zu treiben. Wir fordern deshalb den Präsidenten der Zionistischen Organisation auf, dem Kongreß unverzüglich Erklärungen bezüglich dieses zitierten Interviews zu geben."

Weizmann, stürmisch akklamiert, von den Revisionisten mit Pfuirufen empfangen, gab darauf folgende Antwort: Gewisse Erklärungen, die ich bezüglich der Forderung einer jüdischen Majorität in Palästina abgegeben habe, wurden in einer unglücklichen Formulierung wiedergegeben. Zunächst möchte ich feststellen daß ich weder gesagt, noch jemals gemeint habe, daß irgendeine Gruppe dieses Kongresses die Absicht hat, die Araber aus Palästina zu treiben, oder daß die Forderung einer jüdischen Majorität von irgendeiner Kongreßgruppe in dieser Hinsicht verstanden wird. Wir haben aber im Verlaufe von zehn Jahren die Erfahrung gemacht, daß die Forderung nach einer jüdischen Majorität von unseren Gegnern in der Außenwelt so mißdeutet würde, als wollten wir die Araber beherrschen oder sogar aus dem Lande vertreiben. Wir als Zionisten wissen, daß dies nicht gemeint ist, und wir haben es immer wieder versichert. Aber es ist eine Tatsache, daß diese falsche Interpretation in der Öffentlichkeit, bei den Politikern, in der Presse immer wieder uns entgegenritt. Wir haben als Ihre Repräsentanten jahrelang in dieser Welt zu arbeiten gehabt, und ich sage nicht meine Meinung, sondern stütze mich auf diese Erfahrung, wenn ich darauf hinweise, daß die Proklamierung der Forderung einer jüdischen Majorität von einem feindlichen Teile der politischen Welt in der von mir erwähnten Weise aufgenommen werden wird. Darum habe ich gesagt, daß ich kein Verständnis habe für die Formulierung der Mehrheitsforderung als politische Parole. Ich wiederhole aber noch einmal mit aller Entschiedenheit, was ich bei vielen früheren Gelegenheiten gesagt habe, daß die Forderung nach irgendeiner Begrenzung des Umfanges und des Wachstums der jüdischen Bevölkerung in Palästina absolut unakzeptabel wäre. Ich glaube vielmehr, daß es unsere Aufgabe ist, möglichst viel Juden in wirtschaftlich gesicherter Position nach Palästina zu bringen und eine große wirtschaftlich und kulturell starke, politisch gesicherte und autonome Judensiedlung, die alle Funktionen eines echten Nationalheims erfüllen kann, im Lande zu verankern. Unsere ganze Arbeit ist darauf gerichtet, diesen Kern eines jüdischen Nationalheims in unseren Tagen zu schaffen und zu verankern, und ich glaube, daß dieses Nationalheim so stark und lebensfähig sein wird, wie wir es machen werden. Ich habe gesagt, daß numerische Majorität allein noch keine ausreichende Garantie für die Sicherheit unsres Nationalheims ist, weil nach meiner Überzeugung diese Sicherheit in erster Linie durch ausreichende politische Garantien und durch ein freundliches Verhältnis zu der uns in Palästina umgebenden nichtjüdischen Welt geschaffen wird. Die Beziehungen unseres ständig wachsenden Nationalheims zu den palästinensischen Arabern sollen nach dem Grundsatz voller Parität beider Völker ohne Rücksicht auf ihre numerische Stärke geregelt werden. Ich habe wiederholt erklärt, daß wir in Palästina nicht Beherrschte sein wollen, aber auch nicht über ein anderes Volk herrschen wollen. Unser Wunsch ist es, durch Ausschaltung des Momentes der Furcht und durch Vermeidung jeder Sache, die — wenn auch auf Grund von Mißdeutungen — zu einer solchen Furcht Anlaß geben könnte, jene Atmosphäre der Ruhe und des Vertrauens in Palästina zu schaffen, die nach meiner Meinung die beste Basis für unsere Aufbauarbeit und für das ständige Wachstum des jüdischen Nationalheims ist.

Eine sofortige Besprechung dieser Antwort wurde vom Kongreß abgelehnt, ein Antrag der Linken, zur Tagesordnung überzugehen, wurde zurückgezogen, ein Antrag Großmann, des Wortlauts: „Der Kongreß beauftragt die Politische Kommission, unverzüglich unter Zurückstellung sonstiger anderer Einzelfragen eine Resolution über die zionistische Zielsetzung auszuarbeiten und so rasch als möglich dem Plenum des Kongresses zu unterbreiten," mit 115 gegen 10 Stimmen bei Stimmenthalung der Linken angenommen.

In der Sitzung sprachen noch Harzfeld (Arb. Pal.) Barth (Mis. Deutschl.), Lousoumne (Rev. Tunis).

(Der Bericht wird in der nächsten Nummer fortgesetzt.)

Weizmanns große Rede

Weizmann begann seine Rede mit einem Rückblick auf das letzte Dezennium der Bewegung, knüpfte hieran eine Betrachtung über die politische Lage in der Gegenwart und schloß mit einer Darlegung der Arbeitslage und einer Bekundung des Glaubens an die zionistische Sache. Er führte aus:

Meine Damen und Herren! Der XVII. Zionistenkongreß tritt in einer Zeit großer innerer und äußerer Schwierigkeiten zusammen. Im Verlauf der letzten zwei Jahre haben wir manche Enttäuschung erlebt. Die Lage der Judenheit hat sich in der ganzen Welt verschlechtert, stärker als andere wurden wir von der Weltwirtschaftskrise betroffen. Das Tempo unseres Wiederaufbauwerks in Palästina wurde in einer uns gefährlichen Weise verlangsamt. Der Kongreß wird vor dem ernsten Problem stehen, zu entscheiden, welche Mittel und Wege er ergreifen soll, um den Aufbau des Jüdischen Nationalheims zu schützen und ihn auf breitere und sichere Grundlagen zu stellen.

Die drei Motive für das Mandat

Bevor ich mich in diesem meinem letzten Bericht mit unserer gegenwärtigen Lage befasse, will ich einen Rückblick auf die Geschichte unserer Bewegung werfen, obwohl es mir nicht leicht ist, die Rolle des Historikers zu übernehmen. Welches waren die Motive, die britische Staatsmänner nach Beratung mit Staatsmännern der alliierten und assoziierten Mächte bewogen haben, in den Jahren 1916/17 die Balfour-Deklaration zu formulieren und später das auf dieser Deklaration basierende Palästina-Mandat zu übernehmen. Das britische Interesse für Palästina und den Zionismus ist kein Kriegsprodukt. Ich brauche Sie nicht an die von britischen Konsuln seit jeher Juden in Palästina gewährte Hilfe oder an das Angebot Joseph Chamberlains im Jahre 1903 zu erinnern. Dieselben Motive, die die englischen Sympathie-Kundgebungen für die Juden in früherer Zeit inspiriert haben, liegen auch der Balfour-Deklaration zugrunde: Erstens ein „gefühlsmäßiges" Motiv, das seine Wurzeln in einem eingehenden Studium der Bibel hat. Zweitens: Das Unheil des Weltkrieges hatte das Gewissen der Welt wachgerüttelt. Präsident Wilson und andere führende Staatsmänner waren von dem Gedanken einer Tikun Haolam, der Gestaltung einer besseren Welt, beherrscht. Sie lenkten ihr Augenmerk auf die unterdrückten, kleinen Nationen und ethnischen Gruppen, unter ihnen auf die Juden, die in verzweifelt abnormalen Verhältnissen

lebten. Das dritte Motiv trug utilitaristischen Charakter. Es bestand in den Jahren 1916/17 das Bedürfnis, die Sympathien der Weltjudenheit, insbesondere der amerikanischen Juden, zu gewinnen. Man dachte an die strategische Bedeutung Palästinas im Zusammenhang mit dem notwendigen Schutz des Suez-Kanals. Welches dieser drei Motive entscheidend war, kann ich nicht sagen, jedenfalls kam, zumindest im Jahre 1917, das utilitaristische Motiv in letzter Reihe in Betracht.

Aufnahme und Interpretierung der Balfour-Deklaration

Um zu zeigen, in welcher Weise die Balfour-Deklaration damals von den für ihre Verkündung verantwortlichen Staatsmännern und von den Juden in der ganzen Welt interpretiert wurde, sei angeführt, daß Lord Balfour sie in dem Begleitschreiben bei ihrer Übersendung an Lord Rothschild als eine „Deklaration der Sympathie mit den jüdischen zionistischen Aspirationen" bezeichnete und in seiner Rede in der Albert Hall am 12. Juli 1920 erklärte, es sei zu hoffen, daß die Araber diesen kleinen Landstrich den Juden, die zweifellos einen Anspruch darauf hätten, sich in dem Lande ihrer Vorfahren nach eigenen Gesetzen zu entwickeln, nicht mißgönnen würden. General Smuts erklärte am ersten Jahrestage der Deklaration, er zweifle, ob irgend eine der Veränderungen, die durch den um Gerechtigkeit und Freiheit geführten Weltkrieg herbeigeführt wurden, von größerer Bedeutung sei, als die Befreiung Palästinas und seine Anerkennung als das Heim Israels. Lord Cecil erklärte am 12. Juli 1920: „Wir haben Euch die nationale Existenz gegeben, Eure nationale Zukunft liegt in Eurer Hand."

Wie die jüdischen Massen die Deklaration und später das Mandat aufgefaßt haben, geht aus den Kundgebungen von antizionistischer und zionistischer Seite hervor. Die Zionisten begrüßen die Deklaration als den Beginn der Erfüllung unserer alten messianischen Hoffnung. Viele sahen in der Balfour-Deklaration mehr, als sie in Wahrheit enthielt, sie vergaßen, daß die Deklaration zwar einerseits einen Freiheitsbrief, aber andererseits auch eine Aufgabe für die Juden darstellt. Manche sahen in der Deklaration und im Mandat den Beginn der langerwarteten Lösung der „Judenfrage". Wir haben es an Warnungen vor übertriebenen Hoffnungen hinsichtlich der Möglichkeit einer sofortigen jüdischen Masseneinwanderung in das verhältnismäßig kleine Palästina nicht fehlen lassen. Es war uns auch damals schon bekannt, daß wir nicht die alleinigen Einwohner Palästinas sein würden. Es gehörte nicht zu unserer Konzeption vom Nationalheim, daß es andere Einwohner Palästinas schädigen solle. Wenn wir aber auch wußten, daß die Zeit zu einer Massenerlösung des jüdischen Volkes noch nicht gekommen war, sahen wir doch in der Deklaration und im Mandat die Verheißung von etwas Greifbarem und Befriedigenderem als das, was unsere Gegner „geistige Heimstätte" nannten. Wir erwarteten, daß jedem Juden, der den Wunsch hat, nach Palästina zu gehen, um dort Frieden und Befriedigung beim Aufbau eines eigenen nationalen Lebens zu finden, die Möglichkeit gegeben werden wird, dies in absehbarer Zeit zu tun. Wir erwarteten ferner, daß wir die Möglichkeit haben würden, im Lande jene materiellen Grundlagen zu schaffen, die groß und kräftig genug wären, um den Überbau einer eigenen sittlichen und geistigen Kultur zu tragen. Wir dachten, daß dies in hohem Maße eine „qualitative" Lösung der Judenfrage und mit der Zeit einen wichtigen Schritt auf dem Wege zur Lösung der Frage auch in ihrem quantitativen Aspekt: Abhilfe gegen die jüdische Not im Osten, bedeuten würde.

Die Periode der Erfüllung der Deklaration und des Mandats

Im Jahre 1922 traten wir in eine Periode der Erfüllung der Balfour-Deklaration und des Mandats ein. Für die Lösung dieses Problems gab es weder für uns noch für Großbritannien einen Präzedenzfall. Die Aufgabe mußte einer britischen Verwaltung als der üblichen Praxis vollkommen widersprechend erscheinen. Die Engländer sind ihrem Wesen nach empirisch veranlagt. Hier aber war die Aufgabe: die Realitäten einer Situation einer Idee anzupassen. Diese praktischen Männer verstanden nicht, daß eine solche Macht zumindest ebenso real ist, wie viele der materiellen Aktiva, die lebende Nationen zur Unterstützung ihrer politischen Ansprüche ins Treffen führen. In gewissen Kreisen glaubte man — es war ein falscher Glaube —, die Araber Palästinas müßten gegen die reichen, besser organisierten Juden geschützt werden. Wie immer die Lage der armen Fellachen in Palästina sein mag, ist sie doch bei weitem sicherer als die der in der ganzen Welt zerstreuten jüdischen Massen, die überall ein Existenzminimum suchen und es nirgends finden. Die Gegner der Balfour-Deklartion verstanden nicht, die große moralische Kraft unserer Bewegung und auch nicht die einer durch das tausendjährige Leid eines Volkes geheiligten Sache innewohnende Gerechtigkeit.

Der Wunsch Englands, seine Herrschaft in den Ländern in der Umgebung des Suez-Kanals zu festigen, der Gedanke ließ die Gründung eines unabhängigen englandfreundlichen mohammedanischen Reiches im Mittleren Osten als wünschenswert erscheinen; in diesem Zusammenhange wurde eine gewisse Opposition gegen das jüdische Nationalheim gefördert.

Die Zielsetzung: Judenstaat oder Heimstätte?

Auf jüdischer Seite war die Antwort auf den Appell der Balfour-Deklaration und des Mandats durch den Niedergang der großen Gemeinschaften Osteuropas, insbesondere Rußlands, im und nach dem Kriege gehemmt. So ergab sich noch vor der formellen Bestätigung des Mandats die Notwendigkeit einer Revision der Ideen und Ziele, um diese mit den Tatsachen und der gegebenen Lage in Übereinstimmung bringen zu können. Auf diese Notwendigkeit wurde von verschiedenen Seiten verschieden reagiert. Ich will nur die drei Hauptgedankenrichtungen anführen, die damals innerhalb der zionistischen Bewegung entstanden. Da waren zunächst jene, die dafür eintraten, daß der Zionismus künftighin überhaupt jeden politischen Kampf aufgebe und sich vollständig auf den Aufbau Palästinas „auf streng geschäftlicher Basis" und vorwiegend durch private Initiative konzentriere. Auf dem entgegengesetzten Pol standen jene, für die Realitäten einfach nicht existieren. Diese haben in ihrem Eifer, den Judenstaat zu errichten, vergessen, daß politischer Einfluß in einem gewissen Verhältnis zu praktischen Leistungen steht und nicht durch Proklamationen erreicht werden kann. Im Verlaufe der letzten zehn Jahre habe ich versucht, einen mittleren Kurs zwischen diesen beiden Extremen zu steuern und dabei weder die wirtschaftlichen Realitäten, noch die politischen Möglichkeiten aus der Sicht zu verlieren. Es wurde mir wiederholt der Vorwurf gemacht, ich hätte die Ideale des Gründers des politischen Zionismus aufgegeben. Wenn wir untersuchen, welches die Politik Theodor Herzls war, wie sie zuerst in seinem Buche „Der Judenstaat", dann auf dem Baseler Kongreß von 1897 und schließlich von Herzls Hauptmitarbeiter, Dr. Nordau, im Jahre 1916 verkündet wurde, finden wir, daß die Konzeption eines „Jüdischen Staates" nur in dem Buch „Der Judenstaat" auftaucht. Im „Judenstaat"

aber ist es keineswegs klar, daß Herzl an Palästina als an das Land der Verwirklichung des Judenstaates dachte. Vom ersten Zionistenkongreß im Jahre 1897 an, auf dem sich Herzl endgültig mit der zionistischen Bewegung und damit mit der Idee, daß Palästina das einzige für die jüdische Renaissance in Betracht kommende Land ist, identifizierte, verschwindet das Wort „Judenstaat" aus seinem Programm. Was Herzl und die zionistische Bewegung im Jahre 1897 erstrebten, ist nach dem Baseler Programm „die Errichtung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina".

Die letzte Entwicklungsstufe der Herzl'schen Politik kommt in folgendem Abschnitt des von Nordau geschriebenen Vorworts zu dem 1916 erschienenen Buche Paul Goodmans „Zionistische Probleme und Ausblicke" zum Ausdruck: „Der Zionismus hat nicht den Ehrgeiz, einen unabhängigen jüdischen Staat, ein Königreich oder eine Republik zu gründen. Alles, was er erstrebt, ist, daß es seinen Anhängern erlaubt sein soll, nach Palästina ohne Einschränkung einzuwandern, dort so viel Boden zu kaufen, als sie für ihr Geld bekommen können, eine Autonomie der lokalen Verwaltung zu besitzen und in ihren ernsten Bemühungen, Kultur und Wohlstand zu schaffen, nicht behindert zu werden. Es ist selbstverständlich, daß die zionistischen Juden geloben, gewissenhafteste und großzügigste Loyalität gegenüber der Macht, unter deren Souveränität Palästina gestellt ist, zu beobachten.

Die offiziellen Interpretationen der Balfour-Deklaration

Die Deklaration war zugestandenermaßen der vage Ausdruck einer allgemeinen Absicht. Bei der praktischen Durchführung war eine genaue Definition in der Form einer innigeren Anpassung an die gegebene politische und wirtschaftliche Lage unerläßlich.

Die jetzt in Kraft stehenden drei offiziellen Kommentare der Deklaration sind 1. das Mandat selbst, 2. das Churchill'sche Weißbuch vom Jahre 1922 und schließlich der das Weißbuch vom Oktober 1930 interpretierende Brief des Ministerpräsidenten an mich vom 13. Februar 1931.

Weizmann gibt einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Mandats und des Churchill-Weißbuches, sowie die Leistungen, die auf Grund dieser beiden Dokumente in Palästina vollbracht werden konnten, und stellt fest, daß es trotz der politischen Schwierigkeiten möglich gewesen wäre, das Jüdische Nationalheim sogar fünfmal so groß zu gestalten, als es gegenwärtig ist, wenn wir die Mittel hierzu gehabt hätten. Aber diejenigen, die den goldenen Schlüssel zur Aufschließung Palästinas gehabt haben, behielten ihn in der Tasche. Weizmann geht dann auf das Verhältnis zur Mandatarmacht und der Palästina-Verwaltung über und beklagt es, daß sich bei der Palästina-Regierung seit der Einführung der Zivilverwaltung eine gewisse Apathie, zeitweise sogar Feindseligkeit, gegenüber der Politik des Jüdischen Nationalheims bemerkbar gemacht hat. Wenn auch die britische Regierung aufrichtig den Erfolg der Mandatspolitik in Palästina wünscht, falle doch ein Teil der Vorwürfe, die gegen die Jewish Agency wegen des langsamen Fortschritts beim Aufbau des jüdischen Nationalheims erhoben werden, auf die Versäumnisse, ja sogar den bösen Willen einzelner Mitglieder der Palästina-Verwaltung zurück.

Weizmann gibt eine Besprechung des Weißbuches vom Oktober 1930, das im Gegensatz zum Weißbuch von 1922 die Möglichkeit der Errichtung des jüdischen Nationalheims beseitigt und der Jewish Agency keinerlei Basis zu einer Kooperation mit der Regierung bot. Die Jewish Agency habe nicht nur aus rechtlichen Gründen, sondern auch, weil sie in ihm eine Bedrohung des jüdischen Lebens und der jüdischen Zukunft in Palästina sah, diesem Weißbuch die Anerkennung verweigert.

An dem Tage, an dem das Weißbuch veröffentlicht wurde, fuhr Weizmann fort, habe ich meinen Rücktritt vom Präsidium der Zionistischen Organisation und der Jewish Agency angekündigt. Es war meine Absicht, sofort Kongress und Council einzuberufen, damit diese zur Situation Stellung nehmen. Inzwischen aber wurden wir vom Ministerpräsidenten zu einer Erörterung mit einer Kabinettskommission eingeladen. Die Beratungen, wie sie in der Vergangenheit üblich waren und die Lord Passfield im Oktober 1930 uns zu verweigern für gut befunden hatte, sollten nunmehr mit einer autorativen Körperschaft britischer Staatsmänner wieder aufgenommen werden. Es erschien unerläßlich, jedwede mögliche Rettung nach jenem Schiffbruch staatsmännischer Kunst, dem Weißbuch vom Oktober 1930, zu versuchen. Das Weißbuch als solches konnte nicht zurückgezogen werden. Es gibt keinen Präzedenzfall in der konstitutionellen Praxis Englands für die Zurückziehung eines politischen Statements. Wir durften es auch nicht zu einer Abstimmung über das Weißbuch im Parlament kommen lassen. Hätte sich eine wenn auch kleine Majorität für das Weißbuch ergeben, so hätte dieses damit die parlamentarische Sanktion erlangt; wäre aber die Regierung wegen des Weißbuches geschlagen worden, so stand zu befürchten, daß sich die große Mehrheit der Labour Party gegen uns wenden würde und Palästina zu einer Parteifrage gemacht worden wäre. Unter diesen Umständen blieb uns nichts anderes übrig, als die Einladung anzunehmen. In der Stunde der größten Gefahr haben unsere Freunde unter den britischen Konservativen und Liberalen das Wort für uns ergriffen. Es sprach das Gewissen Englands und dieses Gewissen sprach auch durch den Mund der Vertreter der Arbeiterpartei. Es sprach sogar aus der Mitte der Regierung selbst, die zwar formal gemeinschaftlich verantwortlich für das Weißbuch erschien, es aber in Wirklichkeit nicht war.

Das Ergebnis der nun folgenden Beratungen bildete der Brief, den der Ministerpräsident am 13. Febr. 1931 an mich gerichtet hat und der am selben Tage in Beantwortung einer Anfrage im Unterhaus verlesen wurde. Der erste Abschnitt des Briefes stellt deutlich fest, daß er als „autorative Interpretation des Weißbuches bezüglich der Gegenstände, mit denen sich der Brief befaßt" gelten soll.

Wiederherstellung des Status quo durch den Mac Donald-Brief

Die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß der Brief veröffentlicht, der Permanenten Mandatskommission vorgelegt und den offiziellen Instruktionen an den High Commissioner einverleibt werden würde, gab dem Briefe einen offiziellen Status, obwohl er in technischem Sinne kein Weißbuch ist. Das Ziel der Verhandlungen war die Wiederherstellung des Status quo, der lange Zeit hindurch unterminiert und zuletzt durch die im Oktober 1930 explodierte Mine ernsthaft erschüttert worden war. Wenn Sie das Weißbuch vom Oktober 1930 mit dem Brief des Ministerpräsidenten vergleichen, werden Sie zugeben müssen, daß durch den Brief das uns im Weißbuch zugefügte Unrecht wieder gutgemacht wurde und daß in ihm Mandat und Balfour-Deklaration nachdrücklich bekräftigt worden sind.

Ich gedenke der Zeit, da, nach der Billigung der Balfour-Deklaration durch das Kriegskabinett, Sir Mark Sykes aus dem Beratungzimmer des Kabinetts

trat und mir sagte: „Weizmann, es ist ein Junge!“ Das war eine verhältnismäßig leichte Geburt. Die Geburtswehen der Balfour-Deklaration stellten sich erst in einem späteren Stadium ein. Jetzt, nach 13 Jahren, ist der Junge Barmizwah geworden. Ich habe ihn von seiner Geburt bis zu seiner Konfirmation begleitet und vertraue ihn nunmehr Ihrer weiteren Fürsorge an. Damit bin ich am Schlusse des politischen Teiles meines Berichtes.

Weizmann erörterte noch eingehend die wirtschaftlichen Probleme in Palästina und unterstrich das Ziel einer friedlichen Zusammenarbeit mit den Arabern. Er schloß mit der Erklärung, daß er formell und endgültig sein Amt niederlegt, dabei das Gefühl hat, die Bewegung ihrem Ziele näher gebracht zu haben. Als er geendet hatte, erscholl langanhaltender, stürmischer Beifall. Zahlreiche Delegierte drängten sich zur Tribüne, um ihn zu beglückwünschen.

* * *

Eine große Keren-Kajemeth-Spende Salman Schockens

Basel, 6. Juli. (JTA.) Aus Anlaß der Jahrzeit Theodor Herzls spendete Salman Schocken, der hervorragende deutsche Wirtschaftsführer und Zionist, Mitglied des Direktoriums des Keren Kajemeth, eine Summe von 3000 Pfund (60 000 RM.) für den Keren Kajemeth zum Ankauf und zur Entwicklung von Boden für neue jüdische Siedlung.

Die Lage in Saloniki

Die Juden flüchten

Athen, 1. Juli. (JTA.) Nach der letzten aus Saloniki eingetroffenen Meldung verlassen große Scharen der jüdischen Bevölkerung die Stadt Saloniki, um benachbarte und entferntere Städte aufzusuchen, da auch nach dem Brande der Terror der Nationalisten gegen die Juden nicht aufgehört hat. Die Synagogen sind von durch den Brand abdachlos gewordenen Familien, die in ihnen Zuflucht suchen, überfüllt. Es verlautet, daß zwei jüdische Familien bei dem Brande ums Leben gekommen sind. Als die Juden aus den brennenden Häusern flohen, verlegten ihnen nationalistische Gruppen den Weg. So kam es, daß etwa 15 Juden schwere Brandwunden erhielten. Polizei zerstreute durch Schreckschüsse eine Gruppe von 100 Kommunisten, die eine Sympathiekundgebung für die Juden veranstaltete.

Eine Synagoge niedergebrannt

Athen, 2. Juli. (JTA.) Nach einer amtlichen Meldung des Generalgouverneurs von Mazedonien fanden in der vergangenen Nacht in Saloniki erneut blutige judenfeindliche Ausschreitungen statt. Das Judenviertel wurde an verschiedenen Stellen angegriffen, auch mehrere Brandstiftungen kamen vor, denen 11 Bauten, darunter auch die Synagoge und die jüdische Schule zum Opfer fielen. Es wurde eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. 54 jüdische Familien sind obdachlos.

Am Tage vorher waren Nationalisten in die Synagoge eingedrungen und hatten die Thora-Lade gesprengt und Thora-Rollen zerrissen.

Ruhe vor neuem Sturm?

Basel, 5. Juli. (JTA.) Wie ein in Basel soeben eingetroffener Führer der jüdischen Gemeinde Saloniki mitteilt, herrschte dort bei seiner Abreise zwar Ruhe, doch wurde noch immer ein erneuter Ausbruch der Unruhen befürchtet. 170 jüdische Familien aus dem niedergebrannten Judenviertel waren nebst Hunderten jüdischer Familien aus anderen Teilen der Stadt, die sich in ihren Häusern nicht mehr sicher fühlten, in den Synagogen einquartiert. Die Regierung hat zur Unterstützung der Polizei 1000 Mann Kavallerie nach Saloniki entsandt. Zwei Mitglieder der Regierung untersuchen an Ort und Stelle die Entstehungsursachen der Ausschreitungen. Es wird auch damit gerechnet, daß die Regierung auf Grund dieser Untersuchung Hilfsmaßnahmen einleiten und den Betroffenen Schadenersatz leisten wird. Der Staatsanwalt hat jene Zeitungen, die die Hetze gegen die Juden fortsetzten, konfisziert. Nachdem drei jüdische Deputationen unter Führung des Oberrabbiners Haim Chabib den Gouverneur bestürmt hatten, energischer einzugreifen, hat dieser weiteren Exzessen der radikal-nationalistischen Organisationen Einhalt getan. In der von Huligans in der vorigen Woche niedergebrannten Synagoge sind zwanzig Thorarollen zerrissen worden. Da mit der Möglichkeit erneuter Judenverfolgungen nach der Abreise der Minister aus Saloniki gerechnet wird, werden energische Vorbereitungen zur Schaffung einer jüdischen Selbstschutzorganisation getroffen.

Saloniki, 3. Juli. (JTA.) Vertreter von siebzehn griechischen und drei jüdischen Organisationen, darunter der Bnei Brith, haben eine Konferenz abgehalten, in der mehrere Redner ihr Bedauern über die judenfeindlichen Ausschreitungen in Saloniki und ihr Vertrauen, daß die Behörden für die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit Sorge tragen werden, zum Ausdruck brachten. Es wurde eine Resolution gefaßt, in der die Presse Salonikis aufgefordert wurde, an der Wiederherstellung einer Atmosphäre des Friedens in Saloniki, sowie besserer Beziehungen und gegenseitigen Vertrauens zwischen allen seinen Bewohnern mitzuwirken.

Es wurde beschlossen, eine Konferenz aller griechischen und jüdischen nationalen und professionellen Verbände Salonikis, sowie der verschiedenen jüdischen und griechischen Vereinigungen in den Vorstädten einzuberufen, auf der die Ursachen, die zum Ausbruch der Unruhen geführt haben, besprochen und die gegenseitigen Mißverständnisse zwischen Juden und Griechen beendet werden sollen.

Der Finanzminister hat dem Gouverneur von Saloniki einen Betrag von 500 000 Drachmen zum Wiederaufbau des vom Mob niedergebrannten Campbell-Viertels zur Verfügung gestellt. Der Justizminister und der Luftschiffahrtsminister sind mittels Flugzeug aus Athen eingetroffen, um die Lage an Ort und Stelle zu studieren. Die jüdischen Vertreter Salonikis im Parlament Senator Mallah und Abgeordneter Bessantchi, sowie der Rechtskonsulent der jüdischen Gemeinde in Saloniki M. Yacoel, haben dem Justizminister den Hergang der Unruhen und ihre Vorgeschichte geschildert und ihm ein detailliertes Memorandum überreicht. Der Minister erklärte, er wisse, daß der gegen den Makkabi erhobene Vorwurf illoyaler Haltung unbegründet sei. Er wolle an Ort und Stelle eine Untersuchung einleiten, um diese Tatsache offiziell und in einer jeden Zweifel ausschließenden Form festzustellen. — Im Zusammenhang mit dem Pogrom wurden bisher ein Grieche zu 20 Tagen Gefängnis und einer Geldstrafe von 400 Drachmen, sechs Juden und fünf Griechen zu je drei Tagen Gefängnis und 400 Drachmen Geldstrafe verurteilt.

Protest der jüdischen Gemeinde Saloniki gegen antisemitische Verleumdungen

Saloniki, 5. Juli. (JTA.) Die jüdische Gemeinde Saloniki veröffentlicht folgende Erklärung: Mit Bedauern haben wir zur Kenntnis genommen, daß gewisse Zeitungen die jüdischen Einwohner des Distrikts VI für die in diesem Distrikt vorgefallenen

Unruhen verantwortlich machen, indem sie den Juden beleidigende Äußerungen gegen die Armee, das Griechentum und den Klerus in den Mund legen.

Der Rat der jüdischen Gemeinde protestiert empört gegen diese böswilligen Insinuationen, die darauf angelegt sind, die Erregung zu schüren. Er erklärt feierlich, daß die Juden Salonikis loyale Bürger sind, die Gesetze respektieren, mit ihrem griechischen Vaterlande innig verbunden sind, die griechische Armee, in der ihre Kinder gedient haben, lieben und für den Klerus denselben tiefen Respekt hegen, wie für ihre eigenen religiösen Behörden.

Judenhetze auch in Drama

Saloniki, 6. Juli. (JTA.) Wie aus der Stadt Drama berichtet wird, haben Redner der dort tagenden Konferenz der griechisch-nationalistischen Partei versucht, die Bevölkerung gegen die Juden aufzureizen, indem sie diese des Einverständnisses mit den Mazedoniern beschuldigten. Die Polizei hat Maßnahmen zur Verhütung von Exzessen ergriffen.

Zur Vorgeschichte

Saloniki, 28. Juni. (JTA.) Die judenfeindlichen Ausschreitungen in Saloniki haben folgende Vorgeschichte: Auf der vor etwa zehn Monaten abgehaltenen Makkabiade in Bulgarien hatte sich der jüdische Sportklub Makkabi in Saloniki durch Herrn Isaac Cohen, der sich damals gerade in Sofia aufhielt, wo er mit Dr. Alexander Rosenfeld aus Berlin über die Bedingungen eines Anschlusses des Salonikier Makkabi an den Makkabi-Weltverband verhandeln sollte, vertreten lassen. Ungefähr zur selben Zeit fand in Sofia ein Kongreß der mazedonischen Jugend statt.

Nach seiner Rückkehr nach Saloniki wurde Herr Cohen einem polizeilichen Verhör unterzogen. Er teilte den Zweck seiner Reise nach Sofia mit. Vor wenigen Tagen hat die Salonikier antisemitische Zeitung „Makedonia" die Angelegenheit aufgegriffen und berichtet, der Makkabi in Saloniki stehe im Einvernehmen mit den bulgarischen Komitatschis und dem Lazaristen-Orden in Saloniki, die die Autonomie Mazedoniens proklamieren wollen. Isaac Cohen sei der Delegierte Salonikis auf dem Kongreß der bulgarischen Komitatschis gewesen. Diese Mitteilung wurde dann auch von anderen Zeitungen wiederholt und zum Anlaß heftiger Angriffe gegen die Juden, die angeblich gegen den Staat arbeiten, genommen. Am 23. Juni wurden von Hörern der Universität in Saloniki Flugzettel verteilt, in denen es hieß, die Juden im Jahre 1821 den Patriarchen Gregor durch die Straßen Konstantinopels geschleift; die Juden arbeiteten im Einvernehmen mit den Kommunisten und den Komitatschis daran, Griechenland das Grab zu graben. In dem in Tausenden Exemplaren verteilten Flugblatt wurde zum Boykott der Juden als Vorspiel für spätere „größere Kämpfe" aufgefordert.

Aus der jüdischen Welt

Aus der Berliner Jüdischen Gemeinde

Berlin, 5. Juli (JTA.) Der letzten Sitzung der Repräsentantenversammlung der Berliner Jüdischen Gemeinde lag eine Vorlage des Gemeindevorstandes vor, die die Erhöhung der Steuerquote auf 11% der Reichseinkommensteuer vorschlug. Da mit der Vorlage ein Etat für das laufende Jahr nicht vorgelegt worden war, wurde von Dr. Oskar Cohn, Dr. Klee, Landgerichtsrat Rau, denen sich auch Herr Woyda anschloß, verlangt, daß die Bewilligung der Steuerquote vertagt würde, bis die Gemeindevertretung sich klar werde, zu welchen Zwecken die Steuergelder der Gemeindemitglieder Verwendung finden würden. Nach einer Rede des Gemeindevorstehers Direktor Graetz, der dazu aufforderte, unter allen Umständen und schnell die Steuer zu bewilligen, wurde die Erhöhung der Steuerquote mit den Stimmen der liberalen Fraktion beschlossen. — Nach einer Debatte über den Gemeindesportplatz und die Schulpolitik der Gemeinde sollte folgende dringliche Anfrage der Fraktion der Volkspartei (Klee und Genossen) zur Beratung gelangen: „Bei den Ausschreitungen, die vor einigen Tagen zur Schließung der Universität geführt haben, sind eine große Anzahl jüdischer Studenten mißhandelt worden. Wir fragen den Gemeindevorstand: Welche Schritte hat er unternommen, und will er weiter unternehmen, um durch Einwirkung auf die Öffentlichkeit und auf die Staatsbehörde, besonders auch auf die Universitäts- und Hochschulbehörden, die Rechte der jüdischen Studenten zu schützen?" Die Anfrage wurde jedoch auf Antrag des Syndikus des Central-Vereis Dr. Alfred Wiener (Mittelpartei) in geheimer Sitzung beraten und fand zunächst mit der Einsetzung einer Kommission ihre Erledigung.

Ernestine Eschelbacher gestorben

Berlin, 6. Juli (JTA.) Am Sonntag, den 5. 6., starb in Berlin, 3 Tage vor Vollendung ihres 73. Geburtstages, Frau Ernestine Eschelbacher, Witwe nach dem hervorragenden jüdischen Gelehrten und Rabbiner Josef Eschelbacher und Mutter des Rabbiner Dr. Max Eschelbacher-Düsseldorf. Die Verstorbene war eine der populärsten Frauen im deutschen Judentum.

Niederknüppelung einer jüdischen Pfadfindergruppe

Berlin, 3. Juli (JTA.) Die „C.V.-Zeitung" meldet: „Am 24. Juni, abends gegen 10½ Uhr, verlassen 9 Mitglieder des jüdischen Pfadfinderbundes Kadimah ihr Heim am Viktoria-Luise-Platz in Berlin. Sie gehen ruhig ihres Weges, als sie plötzlich von 30 bis 40 Nationalsozialisten ohne irgend einen Anlaß überfallen und mit Koppelschlössern, Stahlringen und Stahlruten niedergeschlagen wurden. Als sie vor der Übermacht flüchteten, finden sie die Ausgangsstraßen des Viktoria-Luise-Platzes systematisch abgeriegelt. Der jugendliche Führer der Schar wird zu Boden geschlagen und erhält blutende Schlagwunden. „So, der hat genug!" meinen die vertierten Gesellen und stürzen sich auf die anderen Pfadfinder. Kein lautes Wort fällt; das ist anscheinend verabredet, damit man sich nicht verrät. Als das Überfallkommando erscheint, ist die Heldenschar zerstoben. So geschehen an einem belebten Platz des westlichen Berlin ... Die polizeiliche Untersuchung ist im Gange. Wir haben alles veranlaßt, was zur Sühne der Tat und zur Verhütung der Wiederholung führen wird."

Antisemitische Studentenkrawalle

Köln, 2. Juli (JTA.) Nationalsozialistische Studenten und Mitglieder der Hitlerschen Sturmabteilungen veranstalteten schwere Krawalle vor der Universität Köln zum Protest dagegen, daß eine geplante Kundgebung gegen den Versailler Vertrag im Universitätsgebäude vom Rektorat nicht zugelassen worden war. Die Krawalle arteten in antisemitische Excesse aus. Eine Gruppe jüdischer Studenten wurde von den Nationalsozialisten angerempelt, weil einer der Studenten angeblich beim Absingen des Deutschlandliedes nicht tief den Hut gezogen hatte. Der jüdische Student wurde zu Boden geschlagen und mit einer eisernen Stange so lange bearbeitet, bis er bewußtlos liegen blieb. Der Rektor ließ durch ein rasch herangezogenes Polizeikommando die Vorhalle der Universität räumen. Auch die angrenzenden Straßen wurden

von den randalierenden Studentengruppen gesäubert. Wie sich herausgestellt hat, handelt es sich um Ausschreitungen, die von dem eigens dazu nach Köln entsandten Reichsleiter der nationalsozialistischen Studentenschaft von Schirach angezettelt wurden.

Personalia

Am 9. Juli feierten Herr Albert Schwarz und seine Frau Flora, geb. Baer, die Inhaber des kannten Restaurants, silberne Hochzeit — sie sind beide bekannt als liebenswürdige Wirte und zum Ruhme ihrer Küche braucht man wirklich nichts mehr zu sagen, daß sie sich oft in den Dienst wohltätiger Aufgaben gestellt haben, ist vielleicht weniger bekannt, gehört aber doch auch zum Bilde des Paares, an dessen Glück und Freude ein weiter Kreis der Gemeinde herzlichen Anteil nimmt.

Gemeinden- und Vereins-Echo

Münchener Gemeindebibliothek. Bücher sind im Monat Juli nicht zu erhalten, da für den im Urlaub befindlichen Leiter kein Vertreter bestellt ist. Auf August also! Dr. Franz Prager.

Herr Dr. Prager täuscht sich: die Bibliothek ist nach der Bekanntgabe auf S. 11 des Münchener Israelitischen Kalenders sogar vom 15. Juli bis 31. August geschlossen. Er wird also auch im August kein Glück haben; in den Ferien erscheint der Leitung der Bibliothek Interesse für jüdische Bücher offenbar nicht angebracht. D. Red.

Jungzionistischer Arbeitskreis. Sonntag, den 12. Juli, findet eine Wanderung nach dem Mooshamer Weiher statt. Treffpunkt: Isartalbahnhof punkt 6.30 Uhr. Sonntagskarte nach Wolfratshausen lösen. Für Nachzügler: Mit dem Kraftwagen ab Hauptbahnhof, Bayerstraße 8, oder 9 Uhr morgens nach Egling (eine halbe Stunde Weg zum Mooshamer Weiher) oder für Radfahrer, direkte Fahrt über Grünwald nach Moosham. Proviant, Badeanzug, Spielbälle und gute Laune mitbringen!

Der Ausflug findet bei gutem Wetter, sonst am darauffolgenden Sonntag statt. Nähere Auskunft: Dr. L. Berger, Tel. 64 5 34. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Wochenprogramm der V.J.St. „Jordania"

Samstag, 11. Juli: 2 Uhr c. t. Hofgartentor, anschließend Fuchsenkurs off.; 8.30 Uhr gesellige Veranstaltung bei Hertha Lieber, Adelheidstraße 15.
Sonntag, 12. Juli: Teilnahme am Ausflug des Jungzionistischen Arbeitskreises.
Montag, 13. Juli: 8.30 Uhr A. C. (Aussprache über Kongreß off.
Donnerstag, 16. Juli: 8.30 Uhr Burschenkurs.

Jüdisches Jugendheim München. Der nächste Jugendheim-Abend findet am Montag, dem 13. Juli, abends 8.30 Uhr, im Jüdischen Jugendheim, Herzog-Rudolf-Straße 1/I, statt. Herr Dr. I. Emrich wird über „Fragen der jüdischen Bevölkerungspolitik" sprechen.

Ferner findet am Mittwoch, dem 15. Juli, abends 8.30 Uhr, ebenfalls im Jugendheim, der nächste hebräische Singabend statt, an dem hebräische Lieder gelernt werden.

Zu diesen Veranstaltungen sind Interessenten höflichst eingeladen.

Der Arbeitsausschuß des Jüdischen Jugendheims

Bar-Kochba. Am Montag, dem 13. Juli, abends 8 Uhr, findet im Lessingsaal im Jüdischen Jugendheim, der nächste Heimabend statt. Turnbruder Max Kalter wird über die olympischen Spiele 1928 in Amsterdam berichten, unterstützt durch sehr interessante und wertvolle Lichtbilder. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder wird erwartet. Dr. Leop. Berger.

Bar-Kochba. Fußballjugendabteilung. Zum Spielführer und Mannschaftskapitän der ersten Jugend-Fußball-Mannschaft wurde einstimmig Hans Kohörn gewählt. Als neues Mitglied der ersten Jugendmannschaft dürfen wir unseren frühern Mitspieler Harry Obermeier begrüßen. Der nächste Ausflug findet am Sonntag, dem 12. Juli statt. Treffpunkt 8 Uhr Starnberger Bahnhof unter der großen Uhr. Schwimmsachen und Ganztagesproviant mitbringen. Kosten etwa 1.50 RM. Führung: Emil Schneuer und Jakob Unger.

Gesamtausschuß der Ostjuden. Familie B. Goldberg dankt allen Bekannten herzlichst für erwiesene Aufmerksamkeiten und gratuliert Herrn und Frau Schapira zur Verlobung ihrer Tochter und Herrn M. Diamand und Frau zur Hochzeit ihrer Tochter 2.—.

Familie M. Königsberg gratuliert B. Goldberg und Frau zum Enkel und Arnold Goldberg und Frau zum Söhnchen 1.—.

„Das weiße Rößl" im Deutschen Theater gibt Anlaß zu mannigfachen Sprüngen und man könnte sich ganz gut vorstellen, daß auch die Zuschauer anfangen vor Vergnügen zu hopsen, so viel des Unterhaltenden gibt es zu sehen und zu hören. Schwung und gute Laune beherrschen den Abend, die Ausstattung läßt aus dem Staunen nicht herauskommen — niemand wird es bereuen, dort gewesen zu sein.

Verantwortlich für die Redaktion: Dr. Ignaz Emrich, Diplomvolkswirt, München, für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Plinganserstraße 64, München.